

Interpellation – Armut und Prekarität in der DG

Mitglieder in Parlament und Regierung,

Kollegen und Kolleginnen,

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

eine Interpellation zum Thema Armut und Prekarität in der DG. Ein Thema welches im Ausschuss IV seit Jahren bei verschiedenen Anhörungen, seitens der ÖSHZ's oder des Roten Kreuzes mehr und mehr deutlich wird.

Ich werde versuchen in der Kürze der mir vorgegebenen Zeit, auf einige Hintergründe und mögliche Alternativen einzugehen.

Am 18. Dezember des vergangenen Jahres, gab es einen interessanten Artikel in der deutschen Wochenzeitung „Die Zeit“ mit dem Titel: „Armut ist politisch gewollt.“ Ein Zitat der stellvertretenden Vorsitzenden der deutschen Nationalen Armutskonferenz, Frau Michaela Hofmann. Auf den Artikel möchte ich nicht weiter eingehen, da das belgische und das deutsche Sozialsystem von Grund auf verschieden sind. Nur die Forderungen welche, von Vertretern der Armutskonferenz im Nachbarland aufgriffen werden, nach Mindestlöhnen und einer stärkeren sozialen Absicherung, bestehen zum Teil hier in Belgien, und trotzdem steigt die Armut hier in einem erschreckendem Ausmaß an. Also liegen die Gründe tiefer und nicht alleine begründet in der Arbeits- und Sozialpolitik.

Aber was steckt hinter dieser Aussage: „Armut ist politisch gewollt.“ Eine Provokation, oder eine Feststellung. Sie kennen doch sicherlich den Spruch: „Halt Du sie dumm, ich halt sie arm.“ Den der Fürst zum Bischof gesagt haben soll.

In Zeiten wo allgemein behauptet wird, es herrsche Aufklärung, schmunzelt man sicherlich über solch eine Aussage. Oder ist vielleicht doch immer noch etwas an dieser Aussage dran?

Gibt es eine lückenlose Aufklärung über unser Geld- und Finanzsystem? Verschweigen die Medien hier nicht einiges?

Ein Aussage von Henry Ford möchte ich heute hierzu gerne wiederholen: „Würden die Menschen das Geldsystem verstehen, hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh.“

Vielleicht stimmt somit die mittelalterliche Weisheit immer noch. Nur tragen die Mächtigen heutzutage andere Berufsbezeichnungen.

In den letzten Jahren hat eine entscheidende Frage mich immer wieder, hier in diesem Hause beschäftigt: Warum schaut man nicht auf die Ursachen? Ob auf Ebene der EU, auf nationaler oder auf gemeinschaftspolitischer Ebene – Alle haben sich der Bekämpfung der Armut verschrieben. Und dies seit Jahren.

Schauen wir uns die Entwicklung auf EU Ebene einmal an. Im März 2000 beschloss der Europäische Rat, die Europäische Union zum "wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Raum der Welt zu machen". Oberflächlich betrachtet hört sich dies ganz gut an. Was daraus geworden ist eine andere Sache. Dieser Satz aus der Lissabon-Strategie wurde zur Begründung zahlreicher neoliberaler Projekte in den Mitgliedsstaaten herangezogen, mit den bekannten Folgen. Weniger bekannt ist, dass es auch darum gehen sollte, Zitat: "einen Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem sozialen

Interpellation – Armut und Prekarität in der DG

Zusammenhalt zu erzielen,..." Auch hier schöne Wörter, aber war dies die wirkliche Zielsetzung? Insgesamt zeigt sich, bei genauer Betrachtung die sukzessive Abschwächung der EU-Armutspolitik. Waren im Jahr 2000 noch die Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Ausgrenzung die Zielsetzungen, 2005 immerhin noch die Bekämpfung extremer Formen der Ausgrenzung und Armut, so hieß es 2010 u.a. in einer Mitteilung der EU Kommission, lediglich, dass Menschen, die unter Armut und sozialer Ausgrenzung leiden, in Würde leben und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen können sollen.

Das hat nichts mehr mit Armutsbekämpfung oder -prävention zu tun, sondern mit der Verwaltung eines „Problems“. Hat man also bereits resigniert?

Das Rote Kreuz verteilt in Europa so viele Lebensmittelhilfen wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die Krise führt zu massenhafter Armut. Besonders dramatisch ist die Lage in Süd-Europa.

Noch nie gab es so viel Arbeitslose in Europa, und noch nie so viel Schulden, aber auch noch nie so viel Geld. Dabei haben wir keine Wirtschaftskrise, denn es wurde noch nie so effizient und so viel produziert wie heute, wir haben eine Geldsystemkrise. Das eigentliche Problem liegt darin, dass man sich wie so oft in der Politik, alleine mit den Auswirkungen und nicht mit der Lösung des Problems beschäftigt. Und bei den Auswirkungen, sind alle Parteien und politisch Verantwortlichen schnell dabei, und schreiben sich ihre angeblichen Maßnahmen auf die Fahnen, und dick ins Programm hinein. Aber ist dies nicht eher eine Symptombehandlung?

Herr Cremer führt in seiner Interpellation einige Punkte an.

Zitat: „Beschäftigung ist ohne Zweifel der wesentlichste Faktor im Kampf gegen Armut. Doch Beschäftigung erfüllt nur dann diese Aufgabe, wenn sie von Qualität ist.“

Hierzu einige Gegensätze. Denn obwohl in den Eifel-Gemeinden laut Aussage des Arbeitsamtes, fast Vollbeschäftigung herrscht, hat die Vorsitzende vom Roten Kreuz der Sektion Burg-Reuland - St-Vith, in einer Ausschusssitzung vor einigen Wochen von der neuen Armut in der Eifel gesprochen. Also auch hier, die Gründe liegen viel tiefer. Interessant hierzu eine Zahl und ein Missstand. Die Lebensmittelbank des Rotes Kreuzes St-Vith/Burg Reuland erhält pro Jahr einen Zuschuss von 25.000,- € von der DG. Und dies ist in etwa die Hälfte der Summe, welche die Minister, ihre Fahrer und die Kabinettschefs, für zusätzliche Unkosten pro Jahr ausgeben. Also für Unkosten für welche es nicht möglich oder nicht üblich ist, Belege zu erhalten. Übrigens diese Pauschale ist steuerfrei. Aber vielleicht kann Herr Mollers nachher genauer auf diese Zahlen, und die Missverhältnisse eingehen.

Laut Aussage der Verantwortlichen vom Roten Kreuz, wäre ohne private Spenden, die Organisation der Lebensmittelbank so nicht möglich. Und dies in einem Land, wo prozentual die meisten Steuern- und Abgaben bezahlt werden.

Das ist kein Ruhmesblatt für die aktuelle Politik! Dabei erkennt man klar und deutlich die Auswirkungen des Systems, Herr Cremer führt ja einige Punkte in seiner Interpellation an.

Folgende Frage wird in dieser Interpellation aufgeworfen: Bedarf es eines gesellschaftspolitischen Gesamtkonzeptes?

Ja, natürlich, aber nicht nur für die DG. Sondern, für Belgien, ja für Europa.

Interpellation – Armut und Prekarität in der DG

Nur, auf der einen Seite stellen Sie solch eine Frage, beschreiben gravierende Nebenwirkungen eines Systems, auf der anderen Seite, stellt kaum eine Partei, ja nicht einmal die Arbeitnehmer oder die Arbeitgebervertretung das System als Ganzes in Frage.

Denn so hart es sich anhört, für manche klingt es vielleicht zynisch, jedoch ist es die bittere Wahrheit, unser bestehendes Finanz- und Wirtschaftssystem produziert Armut. Denn Armut ist eine Seite der Medaille des Systems. Armut ist systembedingt.

Dies ist weder eine Verschwörung, noch irgendeine politische Aussage sondern einfache Logik und Mathematik. Alles Geld, welches sich im Umlauf befindet basiert auf einer Schuld. Unser Währungssystem basiert auf einem Schuldgeldsystem, Geld kommt hauptsächlich über die Kreditvergabe der privaten Banken in Umlauf. Und so wie sich bedingt durch den Zins, die Vermögen auf der einen Seite vermehren, so vermehren sich die Schulden. Schuld und Vermögen gehören zur ein und derselben Medaille. Und somit produziert das System auf der einen Seite Gewinner, und auf der anderen Seite Verlierer. Mit dem großen Unterschied, dass nur ein geringer Teil sich auf der Gewinnerseite befindet.

In Belgien sind etwa 4 Prozent der Menschen Netto-Gewinner im System, alle anderen Zahlen drauf.

Und wir befinden uns nicht in mitten dieses Teufelskreises, sondern fast am Ende, denn nach einer gewissen Zeit , meist alle 60 – 70 Jahre , kollabiert dieses System, weil ein exponentielles Wachstum der Geldmenge entsteht, und das Brutto Inlandsprodukt diesem nicht mehr Schritt halten kann. Der verlangte Zins kann nicht mehr erwirtschaftet werden. Das ist auch nichts Neues, das gab es bereits mehrfach in der Geschichte. Wobei, hier ist Vorsicht gefragt, und man sollte nicht das alte Lied, links gegen rechts, oder Arm gegen Reich anspielen, denn eine Neiddebatte bringt uns hier nicht weiter. Und auch die Forderung einer höheren Besteuerung von Vermögen wäre ein Irrläufer, denn das Ganze ist wie eben beschrieben ein systemischer Prozess.

Eine Möglichkeit der Loslösung wäre eine Befreiung des Geldes vom Zins. Und die Einführung einer Umlaufgebühr.

Wir befinden uns also am Ende einer Ära. Und in diesen Zeiten, geht es meistens dramatisch zu. Dass kennen wir aus der Geschichte.

Und somit kann das gesellschaftspolitische Gesamtmodell, nicht daraus bestehen, die Sozialhilfeleistungen zu erhöhen oder andere neue Dienste zur Unterstützung von Familien in prekären Lebenssituationen zu eröffnen, oder die Zuschüsse für die Lebensmittelbanken anzupassen, nein, das ist wie mit dem Löffel in der Tasse und der Salbe welche man immer und immer wieder aufs Auge schmiert.

Das sind Symptombehandlungen, was wir brauchen sind ganz andere Herangehensweisen.

Aber wo fangen wir da an, werden sich einige Fragen und wie soll dies auf Ebene der DG zu bewältigen sein.

Zuerst einmal ist eine konsequente lückenlose Aufklärung über das Finanz-, Währungs-, und Geldsystem gefordert und dies auf allen Ebenen.

Junge Menschen stürzen sich in die Überschuldung, oft sind sie ahnungslos, und sie wissen gar nicht worauf sie sich überhaupt einlassen. In den Schulen, in den Hochschulen der DG, und auch bei der

Interpellation – Armut und Prekarität in der DG

Erwachsenenweiterbildung. Die DG hat hier einige Mittel in der Hand. Sicherlich müssen Organisationen wie die Schuldnerberatung, das Rote Kreuz usw. von der DG die volle Unterstützung bekommen, aber in erster Linie sollte man versuchen die Menschen über das System aufzuklären. Und besonders in den Schulen, den Kindern und Jugendlichen den achtsamen Umgang mit Geld vermitteln, und über die Gefahren aufklären welcher Konsum durch Kredit mit sich bringt.

Leider ist der achtsame Umgang mit Geld keine Tugend der DG Regierung. Maßhalten gehört bekanntlich nicht zur Tagesordnung in der Gospert-Straße.

Und dies steht auch konträr zum System, denn dieses fordert Wachstum, und fördert den schnellen Konsum, und ein Nebenprodukt sind die überschuldeten Haushalte, die Kreditvergabe wurde und wird zu leichtsinnig von Banken und Unternehmen gewährt. Der Kauf auf Pump wurde zur Mode. Und dies stellt ein enormes Problem dar.

Gerade der unkontrollierte Konsum, auch hervorgerufen durch eine permanente Berieselung von Werbung bereits im Kindesalter, und die durch die Industrie immer wieder geschaffenen künstliche Bedürfnisse, aufgrund des Renditezwangs welcher das System verursacht, führt zu einer Form der aktiven Überschuldung.

Im Grunde, ist diese Interpellation und auch die Antwort auf die schriftliche Frage von Herrn Cremer ein klarer Aufruf, dass endlich mal konsequent hier reagiert werden sollte.

Was könnte die DG weiter tun: Das Parlament der DG, könnte am 27. Mai ein Zeichen setzen und konsequent sollten alle Volksvertreter dem EU Fiskalpakt ablehnen, denn dieser wird wie ein Streichholz die Probleme in den EU Ländern und auch in der DG erst richtig entfachen. Dann wird der Mangel erst richtig spürbar.

Im Rahmen der interministeriellen Konferenzen, sollte die Regierung der DG ihre Verantwortung für die Bevölkerung der DG, und für die Absicherung der Dotation des Föderal-Staates sich bewusst sein, und sich auf nationaler Ebene für ein positives Geldsystem einsetzen.

Selbst der zuständige Finanzminister, hat ja bereits angesprochen das alternative Finanzkonzepte nicht nur der Vivant Fraktion zu zuschreiben sind, also setzten sie sich für eine Veränderung ein, nutzen Sie die Gunst der Stunde, es ist traurig, dass es soweit kommen musste, und schlagen sie dem Premierminister ein konjunkturelles Aufschwungspaket vor, durch eine nationale, zinsfreie Komplementärwährung.

Meine Damen und Herren, Armut hat mit Mangel zu tun, und dieser Mangel könnte behoben werden, durch ein anderes, positives Geldsystem. Fließendes Geld, wäre ein Lösungsansatz.

Reich und Arm sind das Spiegelbild eines gesellschaftlichen zum Teil akzeptierten Systems.

Viele wollen Armut bekämpfen. Aber dies sollte nicht unser Ziel sein. Unser Ziel sollte sein, einen allgemeinen Wohlstand zu schaffen. Und hierzu bedarf es eines kompletten Umdenkens. Auf allen Ebenen.

Aber wollen die Verantwortlichen in der Politik das?

Ein sehr vermöglicher Mann hat einmal gesagt: „Ein reicher Mann, ist oft nur ein armer Mann mit viel Geld.“

Interpellation – Armut und Prekarität in der DG

Vielleicht ist in diesem Spruch etwas Wahres dran, denn wir sollten Armut und den Mangel an Geld nicht zwingend gleich setzen.

Es gibt nicht nur finanzielle Armut, Armut gibt es in allen gesellschaftlichen Schichten, ob in Form von kultureller, sozialer oder auch emotionaler Armut.

Meine Damen und Herren, noch nie gab es so viel Geld wie heute, und dennoch fehlt es überall.

Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ungerechtigkeit werden zumeist mit falschen politischen Entscheidungen oder mit individuellem Fehlverhalten begründet.

Selten werden wirtschaftliche Rahmenbedingungen und unser Finanzsystem grundsätzlich in Frage gestellt. Aber genau hier sind die tieferen Ursachen des Dilemmas verborgen.

Helfen Sie uns dabei dies zu lichten. Und ein neues, positives System zu erschaffen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Michael Balter

Vivant Fraktion im PDG